

# Frühe und späte Reformer: Langfristige Trends der öffentlichen Ausgaben in 21 OECD-Ländern

In der Wirtschaftswissenschaft wie auch in der Politik hat sich mehr und mehr die Auffassung durchgesetzt, dass für ein langfristig befriedigendes Wirtschaftswachstum die Rolle des Staates überdacht werden muss, und zwar im Sinne einer Reduzierung der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben. Eine derartige strategische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik erscheint zumal dann als unausweichlich, wenn kurzfristige Wege zu höherem Wachstum, wie höhere öffentliche Defizite, blockiert sind – wie es in einigen Ländern, z.B. in Deutschland, aufgrund früher bereits ausgeschöpfter Defizitspielräume und auch angesichts der Maastricht-Kriterien der Fall ist.

Für den politischen Prozess ist es anscheinend besonders schwer, diese notwendige Reform der öffentlichen Aufgaben durchzusetzen. Daher mag es nützlich sein, die Frage zu beantworten, ob, wann und von welchen Ländern in der Vergangenheit eine deutliche Senkung der öffentlichen Ausgaben bzw. eine Trendwende in ihrer Entwicklung erreicht werden konnte. Zu dem Zweck betrachten wir die langfristige Entwicklung der öffentlichen Ausgaben, gemessen als Anteil am BSP und über vier Jahrzehnte. Wir untersuchen 21 OECD-Länder (15 EU-Länder plus Norwegen, die Schweiz, Australien, Kanada, USA und Japan) in der Zeitspanne von 1960 bis 2001 (Datenmaterial von der OECD). Die Frage nach möglichen Ursachen und Wirkungen von Reduzierungen der öffentlichen Ausgaben wird dabei nicht aufgeworfen.<sup>1</sup>

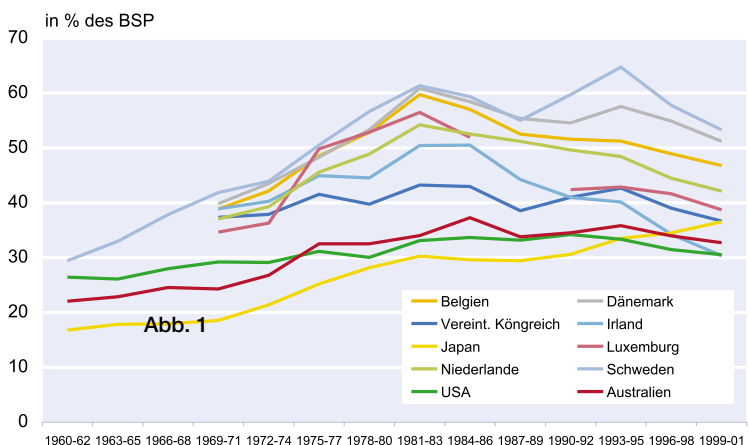
Die Definition der öffentlichen Ausgaben unterscheidet sich je nach Ländern. Zum Beispiel werden steuerliche Subventionen in einigen Ländern als Ausgaben, in anderen als entgangene Einnahmen aufgefasst. Davon ist zwar das Defizit der öffentlichen Budgets unberührt, nicht jedoch die Summe der öffentlichen Ausgaben. Falls jedoch die Erfassung der Subventionen (und anderer Positionen) über die Zeit unverändert ist – was hier unterstellt wird – kann ein Ländervergleich langfristiger Trends der öffentlichen Ausgaben angestellt werden. Um möglicherweise vorhandene langfristige Tendenzen und Umbrüche leichter erkennen zu können, wurden die Zeitreihen zu (nicht gleitenden) Drei-Jahres-Durchschnitten umgeformt. Der erste Wert betrifft dann den Zeitraum 1960 bis 1962.

In Übereinstimmung mit der Literatur<sup>2</sup> finden wir, dass in den meisten Ländern über längere Zeit hinweg zunächst ein ansteigender Trend der öffentlichen Ausgaben beobachtet werden kann, der später von einem absteigenden Trend abgelöst wird. Der Zeitpunkt der Trendwende wird in der genannten Literatur jedoch nicht weiter bestimmt. Es heißt, dass die Trendwende »zu verschiedenen Zeitpunkten« (S. 55) aufgetreten sei. Diese Angabe scheint aber im Licht der hier vorgelegten Untersuchung weniger genau zu sein als möglich.

Wie die Abbildungen 1 und 2 zeigen, ist es möglich, zwei Gruppen von Ländern zu bilden, die »frühen Reformer« und die »späten Reformer«. In der ersten Gruppe setzte ein fallender Trend der öffentlichen Ausgaben anfangs der 1980er Jahre ein, während die späten Reformer eine solche Trendwende erst 12 bis 15 Jahre später erreichten.

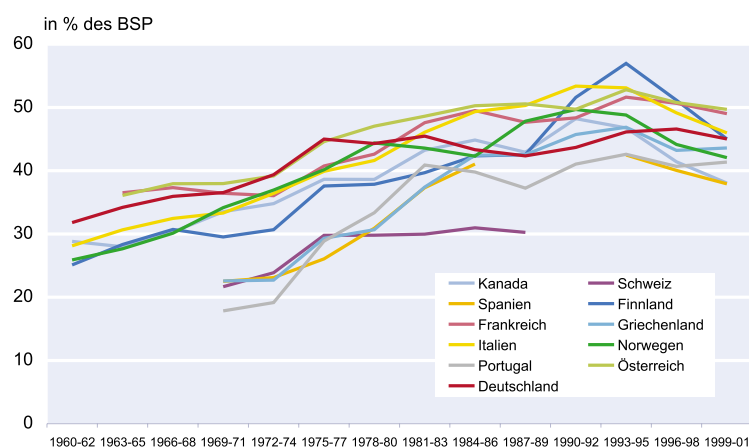
<sup>2</sup> Zusammengefasst z.B. von De Haan, Sturm und Sikken (1996).

**Abb. 1**  
**Frühe Reformer: Entwicklung der öffentlichen Ausgaben**



Quelle: OECD.

**Abb. 1**  
**Späte Reformer: Entwicklung der öffentlichen Ausgaben**



Quelle: OECD.

<sup>1</sup> Die Ursachen einer Reduzierung der öffentlichen Ausgaben werden z.B. untersucht von De Haan, Sturm und Sikken (1996), von De Haan und Sturm (1994) und von Roubini und Sachs (1989).

Die USA und Japan scheinen auf den ersten Blick nicht in die Gruppe der frühen Reformer zu passen. Wenn man aber den öffentlichen Verbrauch als Anteil des BSP zusätzlich betrachtet, gehören beide Länder zu den frühen Reformern, denn diese Variable weist schon früh einen fallenden Trend auf. Auch Schweden ist teilweise eine Ausnahme in der Gruppe der frühen Reformer, denn nach der Trendwende nach unten in den frühen 1980er Jahren steigen die Ausgaben später noch einmal an, bevor sie dann erneut sinken. Dennoch wurde auch Schweden in die Gruppe der frühen Reformer eingereiht, weil die Entwicklung des öffentlichen Verbrauchs schon in den frühen 1980er Jahren eine Trendwende nach unten aufweist.

Die Charakterisierung der Länder als frühe oder späte Reformer ist also ohne großen Zwang möglich. Schwieriger zu beantworten sind jedoch die Fragen, welche gemeinsamen, für das Attribut »früher Reformer« oder »später Reformer« relevanten Eigenschaften die Länder in ihrer jeweiligen Gruppe aufweisen; warum es zwei Zeitpunkte der Trendwende gibt – und nicht einen oder viele; worin die Ursachen und worin die Folgen dieser Trendwenden liegen. Diese Fragen müssten durch Länderstudien aufgeheilt werden und werden hier nicht weiter verfolgt. Es soll jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Trendwende der frühen 1980er Jahre in die Zeit der Wirtschaftsreformen fällt, die von Margret Thatcher (britische Premierministerin 1981 – 1989) und Ronald Reagan (US-Präsident 1981 – 1989) in ihren Ländern umgesetzt und anderswo angestoßen wurden.

### Zusammenfassung

In den meisten der betrachteten 21 OECD-Länder gibt es langfristige Trends der Entwicklung der öffentlichen Ausgaben als Anteil am BSP. Diese langfristigen Trends zeigen einen Umbruch von steigenden zu sinkenden Werten. Der Umbruch erfolgte in den meisten Ländern entweder in den frühen 1980er Jahren oder im Zeitraum 1993 – 1995, so dass die Länder verhältnismäßig zwanglos entweder als »frühe Reformer« oder als »späte Reformer« charakterisiert werden können. Die Ergebnisse der Untersuchung geben Anlass, nach den politischen Möglichkeiten von Trendwenden der öffentlichen Ausgaben zu fragen, ebenso wie nach ihren Ursachen und ihren Folgen.

### Literatur

Haan, J. de, J.E. Sturm und B.J. Sikken (1996), »Government Capital Formation: Explaining the Decline«, *Weltwirtschaftliches Archiv* 132, 55–74.  
 Haan, J. de und J.E. Sturm (1994), »Political and Institutional Developments of Fiscal Policy in the European Community«, *Public Choice* 80, 157–172.  
 Roubini, N. und J. Sachs (1989), »Government Spending and Budget Deficits in the Industrial Countries«, in P. Saunders und F. Klau (Hrsg.), *The Role of the Public Sector: Causes and Consequences of the Growth of Government*, OECD Economic Studies 4.